

Niederschrift

Gremium	Sitzung - BSS/034(VI)/17			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für Bildung, Schule und Sport	Dienstag, 16.05.2017	Hansesaal	16:30 Uhr	18:50 Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 19.04.2017
- 4 Sachstand zur Optimierung von Schulbezirken
- 5 Beschulung von Migrant
BE: FB 40, SL BbS "H. Beims", Herr Frase
- 6 Aktivitäten im Sportbereich
BE: FB 40
- 7 Vorbereitung Bildungskonferenz
BE: FB 40
- 8 Stand Umsetzung Neubau von Schulen
BE: FB 40

9	Beschlussvorlagen	
9.1	Integriertes Stadtentwicklungskonzept der Landeshauptstadt Magdeburg - Magdeburg 2025 Stadtteile BE: Amt 61	DS0066/17
9.2	Sicherung des Beschulungsbedarfes an Förderschulen BE: FB 40	DS0202/17
9.3	Aufhebung der Schulbezirke der Sekundarschulen BE: FB 40	DS0203/17
10	Verschiedenes	

Anwesend:

Vorsitzender

Bernd Heynemann

Mitglieder des Gremiums

Christian Hausmann

Günther Kräuter

Hans-Joachim Mewes

Jürgen Canehl

Carola Schumann i. V.

Oliver Müller i. V.

Sachkundige Einwohner/innen

Anke Jäger

Dr. Joachim Köhler

Geschäftsführung

Diana Dreyer

Abwesend:

Mitglieder des Gremiums

Gunter Schindehütte

Oliver A. Wendenkampf

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit mit 6 anwesenden Stadträten fest. In der Zeit von 17:00- 18:00 Uhr sind 7 Stadträte anwesend.

Er begrüßt die anwesenden Stadträte und sachkundigen Einwohner, die Verwaltung, Herrn Frase von der BbS „Hermann Beims“, den Behindertenbeauftragten sowie anwesende Gäste/Eltern.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Der Vorsitzende stellt fest, dass die Einladung fristgerecht zugegangen ist.

Stadtrat Canehl bittet die Verwaltung um einen Sachstand zur Optimierung der Schulbezirke. **Der Vorsitzende** schlägt vor, diesen Punkt als neuen TOP 4 auf die Tagesordnung zu nehmen.

Der so geänderten Tagesordnung wird mit **6:0:0 Stimmen** zugestimmt.

3. Genehmigung der Niederschrift vom 19.04.2017

Der Vorsitzende fragt bei der Verwaltung nach, ob es bereits den Termin zwischen dem Oberbürgermeister und dem Bildungsministerium zu Schülerzuweisungen gegeben hat. Die Verwaltung erklärt, dass noch kein Termin bekannt ist.

Zum offenen Brief der Sportvereine erläutert **Frau Richter**, dass es einen Antwortbrief des Oberbürgermeisters an den SSB und die Sportvereine gegeben hat. **Stadtrat** Mewes bittet darum, dass dieser Brief dem Protokoll beigefügt wird. Sie informiert, dass für den Schulsport dieses Jahr über die Sportförderung Mittel für geringfügig Beschäftigte ab Mai bereitgestellt werden. In den Haushaltsplan 2018 sollen dann noch zusätzliche Mittel eingestellt werden. Nach Mittelfreigabe werden nochmals Abstimmungen geführt. Es soll ebenfalls ein Termin zwischen Jobcenter, GISE, Stadt und AQB stattfinden.

Stadtrat Canehl kritisiert, dass die drei beschlossenen Schulen noch nicht richtig begonnen wurden durch den KGm. Es wurde die Aussage getätigt, dass die 200 Tsd. EUR für die Planung nicht ausreichen. **Frau Richter** hatte informiert, dass zusätzliche 150 Tsd. EUR aus dem Budget des FB 40 bereitgestellt werden konnten.

Der OB hat dem widersprochen und festgestellt, dass alle drei geplanten Schulen zügig angegangen werden. **Stadtrat Canehl** bemängelt, dass trotz der nun 350 Tsd. EUR nicht angefangen wird. Der Anbau in Brückfeld soll erst 2018 begonnen werden. **Frau Richter** weist auf das Schreiben des KGm hin, dass diese 350 Tsd. EUR nur für die GS Stadtfeld gebraucht werden. **Herr Krüger** weist darauf hin, dass der Oberbürgermeister bereits in der Stadtratssitzung ausgeführt hat, dass die 200 Tsd. EUR für drei Schulen nicht ausreichen werden.

Der Vorsitzende fasst zusammen, dass der Beschluss zum Neubau der drei Schulen Bestand hat.

Der so geänderten Niederschrift wird mit **5:0:1 Stimmen** zugestimmt.

4. Sachstand zur Optimierung von Schulbezirken

Stadtrat Mewes ist der Meinung, dass die Schulentwicklungsplanung nicht logisch aufgebaut ist. Was passiert in den Bereichen, in denen im letzten Stadtrat Änderungen beschlossen wurden. Welche Entwicklungen ergeben sich dann in anderen Bereichen? Bedeutet dies eine Erhöhung der Klassenstärken?

Herr Krüger weist darauf hin, dass nicht die Schulentwicklungsplanung beschlossen wurde, sondern sich der Beschluss auf die Schuleinzugsbereiche bezog. Er informiert, dass noch keine konkreten Aussagen getroffen werden können. Es ist z. B. noch abzuwarten, wie viele Kinder auf Schulen der freien Träger wechseln und in welchem Ausmaß Eltern Anträge auf Ausnahmegenehmigungen stellen.

Der Antrag zur Genehmigung der Schuleinzugsbereiche liegt beim Landesschulamt vor. Die Schulen wurden angeschrieben und um Nennung von „falschen“ Zuordnungen gebeten. Auch die Anmeldung an Förderschulen ist noch offen. Dadurch sind noch Veränderungen möglich. Alle Angaben sind erst Ende Juni bekannt.

Der Vorsitzende informiert, dass mehrere Schreiben, Anrufe und Beschwerden bei ihm vorliegen. Er hat Verständnis für die Eltern und regt an, dass sich die Eltern direkt mit dem FB 40 in Verbindung setzen. Er fragt nach, wie mit sich ändernden Bedingungen umgegangen wird.

Stadtrat Canehl äußert, dass auch er dem mathematischen Modell zugestimmt hat, aber es gibt sehr viele Ungereimtheiten, z. B. im Milanweg. Dort gibt es 4 Schulen im Umfeld und dann wird nur die GS Diesdorf gewählt, obwohl es dorthin einen weiten Schulweg gibt. Wieso werden die anderen Schulen hier nicht berücksichtigt? Auch der Stadtelternrat hatte dazu in seinem Schreiben Nachsteuerungsbedarf gesehen. **Stadtrat Canehl** möchte dazu einen Änderungsantrag einbringen.

Stadtrat Mewes weist darauf hin, dass der Stadtrat die Schulbezirke beschlossen hat und der Fachbereich 40 dazu die Kriterien vorgegeben hatte. Wenn es hier an einer Stelle Veränderungen gibt, zieht dies auch Veränderungen an anderer Stelle nach sich. Wie wird damit umgegangen? Er ist der Meinung, dass man das angedachte Schuljahr erst einmal angehen sollte und danach sind Korrekturen möglich.

Der Vorsitzende erinnert sich, dass das Amt für Statistik bei der BSS-Sitzung in der GS Westerhüsen ausgesagt hat, dass die Kriterien austauschbar sind und Korrekturen innerhalb von 1 bis 2 Tagen möglich sind.

Stadtrat Kräuter schließt sich der Meinung von Stadtrat Mewes an, dass Korrekturen und Änderungen nach dem abgelaufenen Schuljahr 2018/19 möglich sind. Auch **Frau Jäger** schließt sich dem an. Sie fragt beim FB 40 nach, ob es einen festen Plan gibt, wie ausgewertet werden soll. Wie wird mit den Rückläufen umgegangen? Was ist mit Ausnahmefällen?

Stadtrat Canehl merkt an, dass die Stadträte vorgeben, welche Kriterien in den Computer zur Berechnung eingegeben werden. Hier ist besonders auch der Aufwuchs bezüglich der Flüchtlinge zu bedenken und sich daraus ergebende Verschiebungen. Die Eltern wünschen sich hier klare Aussagen.

Herr Krüger erläutert, dass der Stadtrat eine Klassenstärke von 22 Kindern pro Klasse beschlossen hat. Daraus folgt, dass Kinder auch in andere Richtungen „verschoben“ werden müssen. Alle Kinder sind hier gleichberechtigt. Der Schulweg ist nur ein Betrachtungsschwerpunkt dabei. Fakt ist, dass Kinder nicht speziellen Schulen zugeordnet werden können. Er widerspricht, dass gesagt wurde, dass alle Kriterien veränderbar sind und deren Umsetzung durch das Amt für Statistik in 1 bis 2 Tagen machbar ist.

Er weist außerdem darauf hin, dass früher etwa gleich viele Eltern unzufrieden waren – es lagen mehr Anträge vor. Dadurch, dass erst im Januar der Stadtratsbeschluss vorlag, dauerte die Berechnung bis März. Darum konnte erst jetzt mit der Umsetzung begonnen werden. In den Folgejahren ist dies dann früher möglich. Es hat Gespräche mit allen Schulleitungen gegeben – die Abgleichung ist noch nicht abgeschlossen.

Herr Sengstock informiert, dass eine namentliche Aufstellung der zugeordneten Schüler vorliegt. Im Moment wird diese abgeglichen. Die Ergebnisse liegen noch nicht vor. Danach ist auszuwerten, wo nachreguliert werden muss.

Auch **Stadtrat Müller** informiert, dass in seiner Fraktion ebenfalls Schulen angerufen haben, dass Schüler in Größenordnungen zugewiesen wurden.

Herr Krüger verweist auf seine vorherige Aussage, dass die unterschiedlichen Zahlen darauf beruhen, dass z. B. noch nicht feststeht, wie viele Kinder auf Schulen freier Träger gehen. Es handelt sich hier um Brutto-Zahlen. Dies ist sicher schwierig für die Schulen. Hier sind die Ergebnisse abzuwarten.

Stadtrat Kräuter möchte wissen, ob alle Mängel erfasst werden – das erscheint ihm sehr wichtig, um nach Ablauf des Schuljahres 2018/19 gegensteuern zu können.

Herr Krüger erklärt, dass natürlich alles erfasst wird. Es wird aber auch Anträge von Eltern beim Landesschulamt geben.

Auch **der Vorsitzende** ist der Meinung, dass es noch Zeit gibt, Einfluss zu nehmen, da es sich hier um das Schuljahr 2018/19 handelt. Dem widerspricht **Frau Jäger**. Den Eltern muss jetzt Sicherheit gegeben werden.

Herr Hubold weist darauf hin, dass es im Stadtelternrat noch nie so viele Beschwerden wie jetzt gab. Die Lage in den Grundschulen ist auch wegen des Lehrerproblems sehr angespannt. Der Vorschlag des STER wurde nie berücksichtigt.

Stadträtin Schumann fragt nach, wie damit umgegangen wird, wenn Eltern in Größenordnungen Ausnahmegenehmigungen beim Landesschulamt beantragen.

Stadtrat Canehl weist nochmals darauf hin, dass der BSS hier Vorgaben machen kann. Auch hinsichtlich des Ungleichgewichtes bei den Grundschulen Diesdorf und Grenzweg. Es muss möglich sein, jetzt noch Änderungen für das Schuljahr 2018/19 vorzunehmen.

Stadtrat Canehl bringt folgenden Änderungsantrag ein:

„Die Grundschule Am Grenzweg nimmt statt drei Grundschulklassen vier neue auf.“

Der Vorsitzende fasst zusammen und stellt den Ausschussmitgliedern die Frage, ob Änderungsvorschläge gesammelt und dann gemeinsam beraten werden sollen, um sich einen Gesamtüberblick zu verschaffen. Die Änderungen müssen dann noch im Stadtrat beschlossen werden.

Die Ausschussmitglieder stimmen dem Vorschlag, die Änderungswünsche zu sammeln, mit **7:0:0 Stimmen** zu.

Dem Änderungsantrag von **Stadtrat Canehl** wird mit **7:0:0 Stimmen** zugestimmt.

5. Beschulung von Migranten

Zu diesem Thema ist **Herr Frase**, Schulleiter der berufsbildenden Schule „Hermann Beims“ anwesend und gibt einen Überblick über die Beschulung. Er bedauert, dass **Stadtrat Wendenkampf** heute nicht anwesend ist.

Herr Frase informiert, dass derzeit 1.350 Schüler die BbS besuchen; davon 173 im Berufsvorbereitungsjahr, 186 Benachteiligte, 39 in der Dualen Ausbildung und 258 junge Geflüchtete. 73 Lehrkräfte sind an der BbS tätig.

Er weist darauf hin, dass Flüchtlinge mit unterschiedlichen Voraussetzungen zu unterschiedlichen Zeiten im laufenden Schuljahr an die BbS kommen. Die BbS hat ein Modell erarbeitet, nach dem die Sprachfertigkeiten getestet werden. Danach werden die Schüler den unterschiedlichen Niveau-Stufen zugeordnet. Er weist darauf hin, dass es Schüler aus 25 unterschiedlichen Nationen an der Schule gibt.

Auf Nachfrage von **Stadtrat Mewes** informiert **Herr Frase**, dass an der BbS 2 Schulsozialarbeiter des Internationalen Bundes beschäftigt sind.

Der Vorsitzende bedankt sich bei Herrn Frase für die ausführliche Übersicht.

6. Aktivitäten im Sportbereich

Frau Richter informiert darüber, dass die Ausschreibungen zu den Folienauskleidungen der Becken in den Schwimmhallen Nord und Olvenstedt abgeschlossen sind. Im Ergebnis wird die Schwimmhalle Nord ab dem 01.06.2017 für drei Monate geschlossen, um die Maßnahme umzusetzen. Für die Schwimmhalle Olvenstedt hat sich kein Anbieter gefunden. Diese Maßnahme wird dann erst im nächsten Jahr durchgeführt werden können.

Zur Bädersaison erläutert **Frau Richter**, dass aufgrund des schlechten Wetters die Saison-Eröffnung auf den 20.05.2017 verschoben wurde. Aufgrund des aktuell sehr guten Wetters ist ab dem 17.05.2017 am Neustädter See und am Barleber See je ein Turm offen und das Erich-Rademacher-Bad hat geöffnet. Das Freibad Süd öffnet am 20.05.2017. Erst zum 01.06.2017 wird das Carl-Miller-Bad öffnen, da es dort aufgrund des schlechten Wetters zu Verspätungen der Arbeiten am Becken gekommen ist.

7. Vorbereitung Bildungskonferenz

Herr Sengstock informiert, dass die letzte Sitzung der Arbeitsgruppe am 26.04.2017 stattgefunden hat. Der inhaltliche und zeitliche Ablauf wurde nochmals angepasst. Dieser aktualisierte Ablaufplan wurde an die Fraktionen und Schulen verteilt. Bis jetzt sind 50 Rückläufer bezgl. der Teilnahme bei ihm eingegangen. Zuzüglich der Verwaltungsmitarbeiter sind dies ca. 70 – 75 Personen. Die Konferenz wurde in den Ratssaal verlegt.

Stadtrat Mewes weist auf das Schreiben des Stadtelternrates hin, nach dem dieser wegen der fehlenden Aussage zur ausreichenden Finanzierung des STER die Teilnahme an der Bildungskonferenz abgesagt hat.

Herr Prof. Puhle bedauert sehr und ist enttäuscht, dass das Land nicht teilnimmt und kritisiert die Nichtteilnahme des Landesschulamtes an der Bildungskonferenz. Er hatte sich Aussagen zu bildungspolitischen Zielen erhofft.

Auch **Stadtrat Hausmann** kann die Absagen des Landes nicht nachvollziehen, u. a. auch wegen des Aktionsplanes Inklusion. Somit ist leider der große Gedanke der Konferenz nicht umsetzbar.

Auf die Nachfrage von **Stadtrat Canehl** erläutert **Herr Sengstock**, dass die schulpolitischen Sprecher der Landtagsfraktionen eingeladen wurden. Rückäußerungen liegen dazu aber noch nicht vor. Auch die Pressemitteilung wird über die Pressestelle in die Wege geleitet.

Herr Prof. Puhle bedankt sich bei allen, die sich an der Vorbereitung der Bildungskonferenz beteiligt haben und dankt jetzt schon für die Teilnahme.

8. Stand Umsetzung Neubau von Schulen

Herr Krüger informiert, dass bezüglich der STARK-III-Förderung der Wille-Schule (Sporthalle und Schulgebäude) noch Nachforderungen eingegangen sind. Ebenfalls zum Objekt Bodestraße (Sporthalle und Schulgebäude) gibt es Nachfragen. Es wurde die Aussage getroffen, dass nur Sporthalle und Schulgebäude gemeinsam gefördert werden. Bis zum 31.05.2017 werden die Nachforderungen an die Investitionsbank zugearbeitet.

Stadtrat Canehl fühlt sich von der Verwaltung nicht ausreichend informiert, besonders bezüglich der Planungen des Anbaus an der GS Brückfeld. Er stellt den Geschäftsordnungsantrag, dass zu diesem Punkt des BSS ständig ein Vertreter des KGm teilnimmt.

Dieser Antrag wird mit **6:0:0 Stimmen** angenommen.

Stadtrat Canehl fragt nach der Fläche für den Schulneubau in der Amtsgartenstraße. **Der Vorsitzende** merkt an, dass es die Nomi-Rubel-Straße ist.

Stadtrat Hausmann erklärt, dass die Fläche dort viel zu klein für einen Neubau einer Schule ist.

Stadträtin Schumann kritisiert, dass diese Fläche dann überhaupt von der Verwaltung vorgeschlagen wurde.

Herr Krüger informiert dazu, dass das Grundstück gemäß Größenordnung und Bedingungen für eine zweizügige Grundschule geeignet ist. **Herr Prof. Puhle** macht deutlich, dass es sehr schwer ist, in Ottersleben geeignete Grundstück zu finden. Dieses ist das einzig Mögliche in Ottersleben. Diese Auskunft hat auch der Liegenschaftsservice getroffen.

Stadtrat Hausmann erklärt, dass seine Fraktion das andere Grundstück als bessere Lösung ansieht. **Herr Krüger** macht noch einmal deutlich, dass beide Grundstücke die gleiche Vorarbeitszeit (Erbengemeinschaft bzw. B-Plan) benötigen. **Stadträtin Schumann** fragt nach, was passiert, wenn die Erbengemeinschaft nicht zustimmt. **Stadtrat Canehl** schlägt eine Vor-Ort-Besichtigung des Grundstückes Nomi-Rubel-Straße vor. Er ist der Meinung, dass die Verhandlungen mit den Erben zu unsicher ist. **Herr Krüger** weist noch einmal darauf hin, dass die Entscheidung in den Händen des Stadtrates liegt, welche Variante gebaut wird und man sollte jedoch abwägen.

9. Beschlussvorlagen

- 9.1. Integriertes Stadtentwicklungskonzept der Landeshauptstadt
Magdeburg - Magdeburg 2025 Stadtteile
Vorlage: DS0066/17
-

Herr Herrmann vom Stadtplanungsamt bringt die Drucksache ein.

Stadtrat Hausmann informiert, dass die Drucksache am 18.05.2017 im Stadtrat beschlossen werden soll. Der BSS sollte sie also heute empfehlen.

Stadtrat Kräuter fragt nach einer Übersicht für die Ortschaft Randau/Calenberge. **Herr Herrmann** informiert, dass ein diesbezügliches Schreiben an den Ortschaftsrat bereits unterwegs ist.

Stadtrat Mewes interessiert, wie die Bürger erfahren, ob ihre Vorschläge eingeflossen sind. **Herr Herrmann** erklärt, dass die GWA-Sprecher per E-Mail durch das Stadtplanungsamt eine Auswertung erhalten haben.

Stadtrat Canehl findet diese Drucksache sehr gelungen. Allerdings ist der zeitliche Ablauf nicht mehr aktuell und nennt mehrere Beispiele. Er ist dafür, die Drucksache auf die Stadtratssitzung im August zu verschieben. Er nennt besonders den Punkt einer Infrastrukturschwäche in Stadtfeld West. Die Voraussetzungen sind in Stadtfeld Ost nicht anders, aber hier wurde dies nicht benannt.

Herr Herrmann erläutert dazu, dass es einen Redaktionsschluss gibt. Da es sich hier um ein sehr umfangreiches Werk handelt, sind geringe Abweichungen nicht zu verhindern. Bei der Städtebauförderung handelt es sich aber um eine langfristige Sache.

Stadtrat Mewes wünscht sich bei der Erarbeitung des nächsten Konzeptes die Einbeziehung des Behindertenbeauftragten.

Die Drucksache wird mit **6:0:0 Stimmen** empfohlen.

9.2. Sicherung des Beschulungsbedarfes an Förderschulen Vorlage: DS0202/17

Herr Krüger merkt an, dass diese Drucksache das Ergebnis der Abstimmungen mit dem Landesschulamt ist.

Auf die Nachfrage, ob eine Containeraufstellung an der FÖSG „Regenbogenschule“ nicht die bessere Lösung wäre. **Herr Krüger** macht darauf aufmerksam, dass eine Aufstellung von Containern dann den gleichzeitigen Anbau unmöglich macht.

Stadtrat Mewes weist darauf hin, dass die Art der Behinderungen der Kinder sehr vielfältig sind. Dies muss unbedingt beachtet werden.

Herr Pischner spricht sich für eine Containerlösung am gleichen Standort aus. Dies hält er für die bessere Variante

Herr Krüger erläutert, dass 7 bis 8 Kinder in einer Klasse beschult werden, somit ist die Größe der Räume ausreichend. Die Zuarbeiten zu den Kriterien liegen durch die SL der FÖSG aber derzeit noch nicht im Fachbereich 40 vor.

Der Vorsitzende stellt folgenden Änderungsantrag zum Punkt 2 der Drucksache zur Abstimmung:

„Die FÖSG „Regenbogenschule“ wird nicht verlagert und am Standort sind Container aufzustellen.“

Diesem Änderungsantrag stimmen die Ausschussmitglieder mit **6:0:0 Stimmen** zu.

9.3. Aufhebung der Schulbezirke der Sekundarschulen
Vorlage: DS0203/17

Herr Krüger bringt die Drucksache ein. Mit der Aufhebung der Schulbezirke für die Sekundarschulklassen kann eine Auswahl der Schule durch die Eltern bzw. muss eine Zuweisung der Schülerinnen und Schüler durch die Verwaltung unabhängig vom bisherigen Schulbezirk, jedoch unter Beachtung der Aufnahmekapazität (freie Plätze) erfolgen. Auch die Zuweisung von Flüchtlingen ist dann besser möglich.

Die Drucksache wird mit **6:0:0 Stimmen** empfohlen.

10. Verschiedenes

Da das Schulgebäude in der Moldenstraße nun nicht veräußert wird, wird FB 40 um Vorschläge gebeten, wie weiter vorgegangen wird.

Stadtrat Mewes fragt nach, ob in der Verwaltung bekannt ist, dass wegen Mobbing eines Kindes Eltern einen Schulwechsel beantragt haben. **Herr Krüger** erläutert, dass der Grund eines Schulwechsels unerheblich ist; ausschlaggebend ist, dass die Kapazität an der Schule da ist.

Stadtrat Mewes weist darauf hin, dass bezüglich der grundsätzlichen Einbeziehung des BSS bei Verkauf von Schulgebäuden auch die Hauptsatzung dahingehend geändert werden muss.

Bezüglich der Flächen von Klassenräumen bittet **Stadtrat Canehl** um eine konkrete Aussage im Stadtrat am 18.05.2017.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Bernd Heynemann
Vorsitzender

Diana Dreyer
Schriftführerin